

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rotschne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 876.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat“, Allgemeine Inseraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 8, Schellingstr. 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. etw. Erhöht in Berlin u. Orten m. etw. Zulage. Postbezug auschl. Westsch. 2,60 M.; Streifenband im Inland 4,20 M.; n. b. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sch. Millimeterzelle 35 Pf.; die 3sch. Zertimeterzelle 2,50 M. Arbeiterorgan u. Familienanz.: 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Überschriftw. 30 Pf., Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

RGO. im Kampf gegen den imperialistischen Krieg / Siehe im Blatt

Neuer Belagerungszustand geplant!

Das erste Geschenk der Hindenburg-Regierung: Neuer „Burgfrieden“ durch Notverordnung — Ein Anschlag gegen den Reichsjugendtag und gegen die proletarischen Freidenker — Unsere neue rote Offensive soll gehemmt werden — Fast Protestbeschlüsse!

Wie berichtet wird, plant die Regierung Brüning-Groener-Hindenburg eine neue Notverordnung auf Grund des Artikels 48, in der sie für die Woche vor Ostern und einige Tage nach Ostern, wahrscheinlich vom 20. bis 30. März, einen politischen „Burgfrieden“ verhängen will. Dieser „Burgfrieden“ soll — wie zur Weihnachtszeit, als die ungeheuerliche massenbelastende vierte Notverordnung erlassen wurde — ein generelles Verbot aller politischen Versammlungen und der Flugblattverbreitung vorsehen. Das bedeutet also die Verhängung des „Alcinen“ Belagerungszustandes.

Dieser „Burgfrieden“ richtet sich vor allem gegen unsere neue rote Offensive für den zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen und die Preußenwahlen. Er ist ein Anschlag gegen den Reichsjugendtag der arbeitenden Jugend, der vom kommunistischen Jugendverband zu Ostern vorbereitet wird. Er ist ein neuer Versuch der schwarzen Reaktion, mit Hilfe der SPD, die Osterveranstaltungen der proletarischen Freidenkerbewegung zu unterdrücken!

Am Sonntag wurden viele sozialdemokratische Arbeiter an die Wahlurne für den Feldmarschall der Notverordnungspolitik geführt. Die Regierung Brüning gibt dafür eine Erklärung: Eine neue Notverordnung, die die proletarische Versammlungsfreiheit völlig ausschalten wird.

Im Dezember 1931 verhängten Brüning-Groener den „Burgfrieden“ — und es folgte der Angriff auf die Löhne, der Milliarden aus den Taschen der deutschen Arbeiter und Angestellten holte, um sie dem Finanzkapital in die Taschen zu stecken.

Jetzt soll der „neue“ Belagerungszustand die Entfaltung unserer neuen und noch kühneren Offensive für die Freiheitsziele des Kommunismus, die Verstärkung unseres Vorkampfes in die Betriebe und an die Stempelstellen im zweiten Wahlgang und in der Preußenwahlkampagne hemmen.

Dabei werden in den Generaldirektorenbüros bereits die neuen Angriffe auf die Löhne nach den beendigten Wahlen und von der Regierung der neue Abbau der Erwerbslosenunterstützung durch die „Reform“ der Versicherung vorbereitet.

Die proletarischen Jugendlichen, denen man unter Hindenburg und Groener durch die neue Notverordnung den Reichsjugendtag verbieten wird, erfahren praktisch, was sie vom herrschenden System zu erwarten haben. Auch die sozialdemokratischen Freidenker erhalten eine neue Belehrung, was die Hindenburg-Brüning und ihre sozialdemokratische Preußenregierung den Freidenkern befehlen. Die Verhängung des „Burgfriedens“ würde außerdem das Verbot der RGO-Kundgebung gegen den „Krisenkongreß“ des ADGB bedeuten.

In den Betrieben und an den Stempelstellen muß zu dem neuen Angriff der Regierung Hindenburg-Groener Stellung genommen werden. Fast Protestentscheidungen gegen den neuen „Burgfrieden“ der kapitalistischen Diktatur fordert die Freigabe der Veranstaltungen des Reichsjugendtages!

Unter Führung der SPD und der RGO, macht die Betriebsarbeiter gegen die vorbereiteten neuen Angriffe auf den Lohn und die Erwerbslosen gegen den drohenden neuen Unterstützungsabbau mobil! Nicht der betrügerische „Krisenkongreß“ der ADGB-Bonzen, sondern nur der Kampffirster Einheitsfront verteidigt eure politischen Rechte, bringt euch Brot und Arbeit!

Hindenburg führt die faschistische Diktatur durch

„Genosse Schulz, so darf in unseren Abteilungsverfammlungen nicht über die Führer gesprochen werden.“

„Aber, ich habe doch recht. Unsere Führer haben uns vor zwei — drei Monaten gesagt, wir sollen Hindenburg wählen und würden damit den Faschismus schlagen; nun wählen wir Hindenburg und jetzt haben wir die schlimmsten faschistischen Maßnahmen gegen die Arbeiterchaft.“

Dieses Gespräch ist noch nicht geführt worden. Aber es wird geführt werden. Es wird nicht länger als ein Vierteljahr dauern, bis diese Stimmen sich auf den Jahlabenden der SPD erheben, ja, noch schärfere Töne angeschlagen werden, daß mit der Wahl Hindenburgs der Faschismus geschlagen sei, diese Lage der SPD-Führer hat zu kurze Beine, um lange laufen zu können.

Wir werden nicht aufhören, vor allen SPD-Arbeitern und allen Gewerkschaftsmitgliedern die Fragen aufzurollen:

Hat Brüning durch seine Notverordnungen euren Lohn wieder und wieder abgebaut, ja oder nein? Hat er eure Unterstützung gestützt, ja oder nein?

Hat Groener, der Hauptwahlmacher Hindenburgs, die Nazis in die Reichswehr genommen, um alle Reserven der herrschenden Klasse gegen das Proletariat einzusetzen, ja oder nein?

Hat Hindenburg in freundschaftlicher Weise mit Hitler verhandelt, sind den Nazis Ministerposten angeboten worden, hat SPD-Genering die SA-Banden legalisiert und den KPS verboten, ja oder nein?

Das Ja, das jeder aufrichtige Arbeiter, welcher Meinung er auch sein mag, auf diese Fragen antworten muß, rechtfertigt und bestätigt die Haltung der kommunistischen Partei und ist ein Faustschlag gegen die Wels und Litke. Hitler und Hindenburg sind keine Gegensätze. Hitler und Hindenburg sind sich einig in allen grundsätzlichen Fragen gegen das Proletariat. Ihre Hintermänner sind die Späken ein und derselben kapitalistischen Klasse, ihre Praxis gleichermaßen der Einzug des Staatsapparates mit allen Mitteln zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat. Das beweist: der Faschismus ist keine Frage von Personen; er ist eine Methode der herrschenden Klasse — und nicht etwa Hitlers Monopol — zur Niederschlagung des gesamten Proletariats.

Viele sozialdemokratische Arbeiter sind ausgezogen mit dem Glauben und bestimmt auch mit dem Willen, den Faschismus zu schlagen, als sie ihre Stimmen für Hindenburg abgaben. Sie werden schnell grausam enttäuscht und darüber belehrt werden, daß sie den Erzfeind ihrer eigenen Interessen auf den Schild erhoben.

Es werden keine drei Monate vergehen, bis der neue Schlag gegen die Erwerbslosen geführt wird. Man nennt es „Reform“. In Wirklichkeit ist es die schlimmste Reaktion. Denn geplant ist eine neue Schädigung der Erwerbslosen. Wir sprechen ein offenes Geheimnis aus, daß ein neuer Unterstützungsabbau und der Ausschlag weiterer Schichten aus der Versicherung beabsichtigt ist. Diese Pläne der Regierungsparteien einschließlich der SPD, fallen vollständig mit Hitlers Forderungen zusammen. Denn Hitler erklärt ja durch seinen „Völkischen Beobachter“: „Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitscheu. Die Versicherungen werden zum Selbstzweck. Jeder will die eigene Verantwortung auf den Staat abwälzen.“

Der seit zwei Jahren ununterbrochen vor sich gehende und jetzt wieder bevorstehende Abbau der schmalen Hilfe für die 6 Millionen Erwerbslose mit aktiver Unterstützung der SPD, ist ein Kernstück des faschistischen Programms. Hitler und Brüning haben auch in dieser Frage ein und dieselbe Linie und Praxis.

Aber es geht jetzt nicht nur gegen die Erwerbslosen, sondern vor allem auch gegen die Betriebsarbeiter. Das „Ver-

Japan sendet Truppen nach Mandschuria

Sowjetgrenzen unmittelbar bedroht — Ein Verbrecher am Weltproletariat, wer seine Finger für Kriegshetzerungen rührt! — Schützt die Sowjetunion!

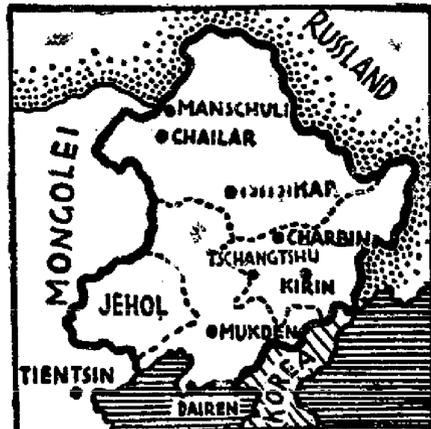
Cherbin, 15. März. Eine japanische Division befindet sich zur Zeit auf dem Marsch nach Mandschuria an der mandschurisch-sowjetrussischen Grenze. Das japanische Oberkommando meldet, daß „Aufstände“ gegen die neue Regierung die Ursache für die Truppenentsendung sei.

Mandschuria ist die Endstation der Ostchinesebahn und liegt unmittelbar an der Sowjetgrenze.

Bürgerliche Agenturen melden, daß Japan mit der Entsendung von Truppen an die Sowjetgrenze ein „gefährliches Spiel“ treibe.

Was dem Tschechen Banek mit seinem rechtzeitig aufgedeckten Attentat auf den japanischen Botschafter, was dem Agenten Polens, Stern, mit seinem Anschlag auf den deutschen Botschaftsrat nicht gegliückt ist, das sollen die von japanischen Provokateuren organisierten „Aufstände“ in der Mandschurie erreichen: den Vorwand für den in Tokio und Paris beschlossenen Überfall auf die Sowjetgrenzen im Fernen Osten abgeben.

Das Weltproletariat kann sich angesichts des Ernstes der Lage nicht mehr mit leidenschaftlichem Protest begnügen: Es muß zum Handeln gegen die Kriegsverbrecher übergehen. Die Sowjetunion ist das stärkste Bollwerk der proletarischen Weltrevolution. Die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes ist die dringendste Tagesaufgabe des Proletariats.



Deutschland soll die Küstungskammer der Kriegsverbrecher und bei Beginn der Intervention im Westen das Aufmarschgebiet der imperialistischen Heere werden.

Macht die heroischen Traditionen der Befämpfung des palastischen Interventionskrieges wieder lebendig! Das Hinterland muß für die Kriegsverbrecherischen Kapitalisten vulkanischer Boden werden. Keine Hand darf sich für die Kriegsproduktion und den Transport von Munition rühren! Verteidigt das Land des Sozialismus, das als einzigstes auf der ganzen Welt seinem 160-Millionen-Volk Arbeit, Brot und Freiheit gegeben hat!